



Zwei sehr verschiedene Berufsausbildungen sollen bald vereinheitlicht werden. Das Schlagwort heißt: Generalistik. Dabei erfordern Kranken- und Altenpflege trotz aller Gemeinsamkeiten jeweils ein ganz eigenes Spezialwissen. (Fotos: Bilderbox)

Bundesregierung plant generalistische Pflegeausbildung

Bangen um die Zukunft der Altenpflege

Die Menschen in Deutschland werden immer älter, die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Umso dringender wird nach Lösungen für den Pflegefachkräftemangel gesucht. Die Bundesregierung will diesem Ziel näher kommen, indem sie die Ausbildung in den drei Pflegeberufen Altenpfleger, Kranken- und Kinderkrankenpfleger zusammenfasst. Festgeschrieben werden soll das in einem Pflegeberufsgesetz, seit Juni liegt der erste Arbeitsentwurf auf dem Tisch. So soll der Berufsstand attraktiver werden, die Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege sollen besser auf zukünftige Veränderungen vorbereitet sein.

Pflege ist nicht gleich Pflege

Doch was bedeutet dieser Ansatz für die Auszubildenden und die Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege? Dieser Frage gingen Fachleute aus Kranken- und Altenpflege, Politiker und Trägervertreter aus Augsburg und Schwaben im Augsburger Zeughaus auf den Grund. Stefan Kiefer, 3. Bürgermeister der Stadt Augsburg und als Sozialreferent der Stadt zuständig für die kommunale Altenhilfe und das Klinikum Augsburg als Anstalt des öffentlichen Rechts, warf die Frage auf, ob die Pflege in Alteneinrichtungen und Kliniken vergleichbar sei.

Mona Frommelt, Direktorin der Hans-Weinberger-Akademie der AWO, informierte die Gäste ausführlich über den Arbeitsentwurf zum Gesetz und beleuchtete die noch nicht geklärten Problemfelder. „Ich oute mich als Fan der Altenpflege“, betonte Frommelt, die in ihren Altenpflegeschulen bereits zwei generalistische Modellprojekte erprobt hat. Da Pflege schon jetzt und in Zukunft immer mehr vor allem im Bereich Altenpflege erbracht werde, brauche es das spezifische Wissen auch in einer neuen Pflegeausbildung. „Dieses Wissen darf nicht verloren gehen, ist aber im Arbeitsentwurf nicht berücksichtigt“, monierte From-

melt. Sowohl in der Finanzierung als auch in der Struktur der geplanten Ausbildung wurde großer Korrekturbedarf deutlich. Nach Berechnungen der HWA wird das Gesetz den Fachkräftemangel nicht lindern, sondern noch verschärfen.

Bundestagsabgeordnete Ulrike Bahr (SPD) betonte, dass die Generalistik auf alle Fälle kommen werde. „Ziel des Gesetzes ist es, die Attraktivität des Pflegeberufes zu erhöhen. Ich möchte aber Ihre Stimmen aus der Praxis in den Gesetzentwurf tragen“, so Bahr. Ulli Leiner, Grünen-Landtagsabgeordneter und Sprecher seiner Partei für Gesundheit und Pflege, berichtete von einer Eingabe im Bundestag, die Auswirkungen einer so großen Reform vorab wissenschaftlich untersuchen und die Risiken ausloten zu lassen. Er wünsche sich zudem einen runden Tisch mit allen Akteuren.

Im Plenum wurde die generalistische Ausbildung unterschiedlich bewertet. Einigkeit herrschte zum einen darin, dass die Attraktivität des Arbeitgebers Mitarbeiter bindet und dass am Image von Pflegeberufen gearbeitet werden müsse – aber auch in der Sorge, ob der vorliegende Arbeitsentwurf dazu beitragen kann.

Landesverband tritt Bündnis bei

Während der AWO-Bundesverband aus dem „Bündnis für Altenpflege“ ausgetreten ist und das Gesetzgebungsverfahren nur noch von außen begleiten will, hat sich der Landesverband Bayern zum Beitritt entschlossen. Man halte es für wichtig und richtig, die weiter geltende Position der Arbeiterwohlfahrt in einem breiten, weiter wachsenden Bündnis zu vertreten, so die Begründung des Landesfachausschusses Altenhilfe. Der Arbeitsentwurf übertreffe die negativen Erwartungen hinsichtlich der Möglichkeiten, spezifisch für die Altenpflege auszubilden und auch hinsichtlich der Finanzierung.